

Entschädigung für Opfer

Die bisher umfangreichste Novelle des Verbrechenopfergesetzes bedeutet eine wesentliche Verbesserung der Opferentschädigung.

Die staatliche Entschädigung für Opfer von Gewalttaten wird durch das seit 1. September 1972 geltende Verbrechenopfergesetz (VOG) geregelt. Das Gesetz wurde seit seinem Inkrafttreten durch zahlreiche Novellen den Bedürfnissen der Praxis angepasst. Am 1. Juli 2005 ist die bisher umfangreichste Novelle in Kraft getreten (BGBl. I Nr. 48/2005), sie sieht neben verfahrensrechtlichen Änderungen eine Erweiterung des Kreises der anspruchsberechtigten Personen vor sowie zahlreiche Verbesserungen des Leistungsangebots.

Grundsätzliche Anspruchsvoraussetzungen.

Der anspruchsberechtigte Personenkreis nach dem VOG wird auf Opfer schwerer deliktischer Handlungen begrenzt, wenn dadurch gravierende körperliche oder gesundheitliche Schäden entstehen. Das Gesetz sieht Hilfe für Personen vor, die durch eine mit einer mehr als sechsmonatigen Freiheitsstrafe bedrohten vorsätzlichen Handlung eine Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung erlitten haben und dadurch in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind.

Bei einer Tötung des Opfers sind die Hinterbliebenen (Witwe, Witwer, Waisen) anspruchsberechtigt. Damit kommen im Wesentlichen die meisten vorsätzlich begangenen strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben (§§ 75 ff StGB) in Betracht sowie gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung (§§ 201 ff StGB).



Durch die Novelle des VOG ist eine rückwirkende Übernahme von Kosten einer Psychotherapie möglich.

BUNDESSOZIALAMT

Die Vollziehung des Verbrechenopfergesetzes (VOG) ist dem Bundessozialamt übertragen. Es gibt sieben Landstellen.

Landesstelle Wien
(zuständig für Wien, Niederösterreich, Burgenland und Ausland)
Babenbergerstraße 5
1010 Wien
bundessozialamt.wien1@basb.gv.at

Landesstelle Kärnten
Kumpfgasse 23-25
9010 Klagenfurt
bundessozialamt.ktn@basb.gv.at

Landesstelle OÖ
Gruberstraße 63
4021 Linz
bundessozialamt.ooe

@basb.gv.at

Landesstelle Salzburg
Auerspergstraße 67a
5020 Salzburg
bundessozialamt.sbg1@basb.gv.at

Landesstelle Steiermark
Babenbergerstraße 35
8021 Graz
bundessozialamt.stmk1@basb.gv.at

Landesstelle Tirol
Herzog Friedrich Straße 3
6010 Innsbruck
bundessozialamt.tirol1@basb.gv.at

Landesstelle Vorarlberg
Rheinstraße 32/II
6903 Bregenz
bundessozialamt.vlbg@basb.gv.at

Die im VOG vorgesehenen Leistungen decken sich zum Teil mit den Ansprüchen der Opfer nach den allgemeinen schadenersatzrechtlichen Bestimmungen und sind vom Täter rückzuerstatten, da die Hilfe aus öffentlichen Mitteln lediglich als Vorleistung für den Schädiger erbracht wird.

Weiters findet das Subsidiaritäts- und Fürsorgeprinzip darin seinen Ausdruck, dass staatliche Hilfe nur dann in Betracht kommen soll, wenn in unserem Sozialsystem nicht auf andere Weise ausreichend Vorsorge getroffen worden ist.

Folgende Ziele und Inhalte wurden durch die Novelle umgesetzt:

Das Verbrechenopfergesetz wurde bis Juli 2005 im Unterschied zum sonstigen Sozialentschädigungsrecht im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung vollzogen, sodass Entscheidungen des Bundessozialamts nur mit Klage gegen den Bund bei den Zivilgerichten bekämpft werden konnten. Die Novellierung bezweckte eine Vereinheitlichung des Sozialentschädigungsrechts und eine Verbesserung des Rechtsschutzes für Verbrechenopfer durch die Normierung einer hoheitlichen Vollziehung des VOG mit Anwendung der Verfahrensbestimmungen des AVG und Schaffung eines kostenlosen Rechtszugs an die für Sozialentschädigungsangelegenheiten zuständige Bundesberufungskommission.

Ein weiteres Ziel der Novellierung war die Einführung einer Mindestsicherung, wie diese in Form ei-

ner einkommensabhängigen Zusatzleistung in den übrigen Sozialentschädigungsgesetzen vorgesehen ist. Der Anspruch auf diese Zusatzleistung wurde allerdings an den Bezug einer Grundleistung gekoppelt (Ersatz des Verdienstentgangs oder des Unterhaltsentgangs).

Eine weitere wichtige Verbesserung wurde durch die Ausdehnung der bestehenden Ansprüche auf Psychotherapie nach dem VOG sowohl bei Opfern als auch bei Hinterbliebenen erzielt. Nunmehr ist eine rückwirkende Übernahme von Kosten einer Psychotherapie möglich und es können auch Kosten im Rahmen der Wahlarzthilfe erstattet werden. Darüber hinaus kann eine Psychotherapie für Hinterbliebene unabhängig vom Vorliegen eines tatsächlichen Unterhaltsentgangs übernommen werden.

Verbesserungen im Bereich der Heilfürsorge und der Rehabilitation wurden dadurch erzielt, dass nunmehr verbrechenskausale Selbstbehalte (z. B. für Krankenhausaufenthalt, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, Rehabilitationsaufenthalte) und Rezeptgebühren nach dem VOG ersetzt werden können.

Seit 1. Juli 2005 kann nach dem VOG auch dann



Bundessozialamt: zuständig für die Vollziehung des Verbrechensopfergesetzes.

Ersatz geleistet werden, wenn es durch eine Straftat zur Beschädigung eines am Körper getragenen Hilfsmittels kommt (z. B. Brillen, Kontaktlinsen oder Zahnersatz).

Mehr Anspruchsberechtigte. Bis zum Inkrafttreten der Novelle war die staatliche Hilfe auf österreichische Staatsbürger und EWR-Bürger beschränkt. Seit 1. Juli 2005 haben alle Personen, die sich zum Tatzeitpunkt rechtmäßig in Österreich aufgehalten haben, bei Zutreffen der sonstigen Anspruchsvoraussetzungen einen Leistungsanspruch nach dem VOG. Die Tat selbst muss sich in diesem Fall im

Inland, auf einem österreichischen Schiff oder Luftfahrzeug ereignet haben. Österreichische Staatsangehörige haben hingegen auch dann Ansprüche nach dem VOG, wenn sich die Straftat im Ausland ereignete, ebenso Bürger der EU und des EWR, sofern die betroffenen Personen ihren „rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt“ in Österreich haben und die Tat nach dessen Begründung begangen wurde.

Die Leistungen nach dem VOG seit 1. Juli 2005:

Leistungen für das Opfer selbst bzw. für Hinterbliebene: Ersatz des Verdienst- bzw. Unterhaltsentgangs,

einkommensabhängige Zusatzleistung zum Ersatz des Verdienst- bzw. Unterhaltsentgangs (bis zur Höhe des Existenzminimums), Heilfürsorge und orthopädische Versorgung, Pflegegeld nach dem Bundespflegegesetz, Psychotherapiekosten.

Leistungen nur für das Opfer: Maßnahmen der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation, Pflege- oder Blindenzulage, Übernahme der Selbstbehaltskosten, die mit der Tat in direktem Zusammenhang stehen (Verpflegungskostenbeiträge im Krankenhaus, Rezeptgebühren, für Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und bei Rehabilitationsaufenthalten), Ersatz von beschädigten Hilfsmitteln z. B. Brillen, Kontaktlinsen, Zahnersatz (seit 1. Juli 2005).

Leistungen nur für Hinterbliebene bzw. Träger der Kosten: Bestattungskostenersatz (bis zu einem bestimmten Höchstbetrag).

Ein Ersatz von Schmerzensgeld oder die Abgeltung für sonstige Sachschäden (Kleidung, Wertsachen usw.) sind nach dem VOG derzeit nicht vorgesehen. Diese Ansprüche können entweder im Strafverfahren als Privatbeteiligter oder in einem Zivilverfahren geltend gemacht werden.

Wolfgang Sicka

NIEDERÖSTERREICH

Sicheres Wohnen

Im Rahmen des NÖ-Wohnbaumodells gibt es eine vom Land Niederösterreich und von der Sicherheitsdirektion Niederösterreich ausgearbeitete, bis Ende 2008 laufende Sonderaktion „Sicheres Wohnen“ zum Schutz vor Einbruch und Diebstahl. Die Aktion gilt sowohl für einen Neubau als auch für eine Sanie-

rung und eine Nachrüstung bereits bestehender Eigenheime oder Wohnhausanlagen.

Das Land gewährt zu den Investitionskosten für Sicherheitsmaßnahmen einen einmaligen, nicht rückzahlenden Zuschuss von 30 Prozent: Das betrifft den mechanischen Schutz bei einer Wohnung in Mehrfamilienhäusern (Sicherheitsstüren mit einer Wider-

standsklasse von mindestens 2), den elektronischen Schutz (Alarmanlagen) bei einem Eigenheim, einem Wohnhaus oder einer Wohnung und den umfassenden mechanischen Schutz bei einem Eigenheim oder Wohnhaus (Sicherheitsstüren und Sicherheitsfenster mit Widerstandsklassen von mindestens 2). Wer beispielsweise eine Alarmanlage für ein Einfamilienhaus um

3.000 Euro installieren lässt, erhält 1.000 Euro erstattet.

Formulare für die Sonderaktion sind erhältlich im Amt der Landesregierung, Abteilung Wohnungsförderung, 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, in den Bezirkshauptmannschaften und unter www.noel.gv.at/Buerger-service/Formulare.htm.

Telefonische Informationen unter der „Wohnbau-Hotline“ 02742/22133.